

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

BERLIN

AKTUELL

14. Februar in Dresden:

BERLINER SPD RUFT ZUM „GEHDENKEN“

Mit mehreren Bussen werden am 14. Februar Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nach Dresden fahren, um gegen einen Aufmarsch von Nazis aus ganz Europa zu demonstrieren. „Die Rechtsextremen nutzen das Datum als Wahlkampfauftakt“, erklärt Sabine Friedel, Stadträtin und Vorsitzende der SPD Dresden. „Neben der Europa- und der Bundestagswahl finden in diesem Jahr in Sachsen



Sabine Friedel, Vorsitzende der SPD Dresden und Stadträtin.

auch die Kommunal- und die Landtagswahlen statt. Da ist es wichtig, von Anfang an deutlich zu machen: Rechtsextremistische Umtriebe haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir sind sehr froh, dass wir von der Bundes-SPD und von Gliederungen aus dem gesamten Bundesgebiet so viel Unterstützung erhalten. Danke dafür!“

Schon in den vergangenen Jahren versuchten Neonazis, die Bombardierung Dresdens für ihre Agitation zu nutzen. Dass die Zerstörung Dresdens eine Folge der nationalsozialistischen Kriegsverbrechen war und hier Ursache und Wirkung unglaublich verzerrt werden, schreibt die Dresdener SPD-Vorsitzende den in der DDR bewusst gesetzten Missinterpretationen zu. Ein breites Bündnis von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen will nun für Aufklärung sorgen. Sabine Friedel: „Um 13:00 Uhr startet die Demonstration am Goldenen Reiter im Herzen Dresdens. Wir hoffen auf mehr als 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Demonstration endet mit einer großen Kundgebung am Dresdner Schlossplatz, auf der unter anderem Franz Müntefering spricht. Und im Anschluss findet ein Konzert u.a. mit Sebastian Krumbiegel von den Prinzen statt.“ ■
Anmeldung zur Teilnahme: www.spd-berlin.de/GehDenken oder bei der Telefon-Hotline der Berliner SPD: 4692 - 222. Die Busse der Berliner SPD fahren am 14. Februar um 10.00 Uhr ab Bahnhof Südkreuz. Für Mitglieder ist die Fahrt kostenlos, Nicht-Mitglieder zahlen 10 Euro.



Michael Müller und Thilo Sarrazin: Berlin engagiert sich mit rund 200 Millionen Euro bei den geplanten Investitionen.



INVESTITIONEN IN BERLINS BILDUNG

200 Millionen Euro aus der Landeskasse

Hochschulen, Schulen, Kitas und Sportstätten in Berlin können in den kommenden Monaten vernünftig instand gesetzt werden. Dabei kommen der Stadt die Mittel des Konjunkturpakets der Bundesregierung zugute, Berlin beteiligt sich aber an der Sanierung auch mit erheblichen Millionenbeträgen aus der Landeskasse. Darauf weist Berlins Landes- und Fraktionsvorsitzender Michael Müller hin.

Schon im Dezember vergangenen Jahres hatte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit die Aufstockung des Berliner Schul- und Sportstättenanierungsprogramms um 50 Millionen Euro durchgesetzt. Jetzt beteiligt sich Berlin noch einmal mit weiteren rund 158 Millionen Euro am Investitionsprogramm von Bund und Ländern.

Als „Chance für eine nachhaltige Verbesserung der Gebäudesubstanz, vor allem in den Bildungseinrichtungen“ sieht Klaus Wowereit das Programm. Es sei ein „passables Paket, mit dem die Bundesregierung angesichts der Wirtschaftskrise Handlungsfähigkeit zeigen kann“. Allerdings müsse bei der Umsetzung nun strikt auf langfristige Wirksamkeit geachtet werden. Wowereit:

„Wir wollen nicht nur kurzfristige Effekte auslösen, sondern dauerhafte Verbesserungen der Infrastruktur erreichen. Deshalb kommt es auf die richtige Auswahl der Investitionsprojekte ebenso an wie auf eine zügige Umsetzung.“ Finanzsenator Thilo Sarrazin wies darauf hin, dass es sich im Wesentlichen um Bauinvestitionen handele. Mit beschleunigten Vergabeverfahren sollen die Maßnahmen rasch auf den Weg gebracht werden. Sarrazin geht davon aus, dass die zusätzlichen Mittel zu einem Zeitpunkt Nachfrage erzeugen werden, wenn die derzeit noch guten Auftragspolster der Berliner Baubranche und des Handwerks aufgebraucht seien.

Das Investitionsprogramm, so der SPD-Vorsitzende Michael Müller, soll so kleinteilig wie möglich sein, damit viele Firmen in Berlin-Brandenburg - wie beim Flughafenprojekt BBI - davon profitieren können. Jetzt müssten alle Beteiligten gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Investitionsvorhaben in Berlin schnell und seriös zu realisieren. „Dazu können die Bezirke externe Dienstleister für erforderliche Bauplanungen einsetzen, und es wird auch einen vernünftigen Einstellungskorridor für Verwaltungsfachleute geben.“ ■ U.H.